

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Lesern,

bereits im Jahr 2023 haben wir im Rahmen einer Bundesratsinitiative eine steuerliche Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohnraum gefordert. Denn insbesondere junge Menschen und Familien sind von gestiegenen Zinsen sowie der Baupreientwicklung betroffen. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir uns daher in dieser Woche erneut für die Einführung einer Steuerbegünstigung beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum eingesetzt.

Außerdem steht für uns FREIE WÄHLER im Landtag fest: Wir brauchen in der Inneren Sicherheit bundesweit eine echte Zeitenwende. So müssen Deutschlands Sicherheitsbehörden im digitalen Raum endlich auf Augenhöhe mit anderen europäischen Staaten agieren. Von der sinnvollen Speicherung von Internetverkehrdaten bis hin zur Prüfung eines weitgehenden Einsatzes Künstlicher Intelligenz, etwa für die biometrische Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung, müssen wir unseren Sicherheitsbehörden wirksame Werkzeuge an die Hand geben. Außerdem fordern wir vom Bund, die irreguläre Migration endlich wirksam zu unterbinden.

Zudem haben wir uns in dieser Woche damit beschäftigt, wie wir die Interessen junger Menschen noch besser berücksichtigen können. In dieser Frage ist für uns die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen zentral. Gute Jugendpolitik muss international, europäisch und bundesweit konzipiert werden, ist aber vor allem vor Ort wichtig.

Viel Freude beim Lesen.



IN DIESEM NEWSLETTER

**UNSER DRINGLICH-
KEITSANTRAG IM
PLENUM**

**UMKEHR IN DER
MIGRATIONSPOLITIK**

**UNSERE SOCIAL MEDIA-
BEITRÄGE**

Unser Dringlichkeitsantrag: Steuerbegünstigung für selbstgenutzte Immobilien einführen



Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist ein hohes Gut. In Bayern liegt die Wohneigentumsquote aktuell bei etwa 51 Prozent – eine Steigerung ist auch als Maßnahme gegen Altersarmut erstrebenswert. Daher haben wir uns diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag für eine Stärkung von Wohneigentum eingesetzt. Um die Eigenheimquote zu erhöhen, haben wir in der Vergangenheit bereits verschiedene Initiativen erfolgreich auf den Weg gebracht. Dazu gehört beispielsweise die Eigenheimzulage. In gefragten Lagen besteht allerdings nach wie vor erheblicher Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Die Finanzierung von Immobilien zum erstmaligen Selbstbezug stellt gerade für private Bauherren eine große Herausforderung dar. Für selbstgenutztes Wohneigentum gibt es im geltenden Bundesrecht keine steuerliche Förderung im Rahmen der Einkommensteuer. Eine finanzielle Entlastung privater Käufer wäre daher ein guter Anreiz zur Erhöhung der Wohneigentumsquote. Daher sollte beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum eine Steuerbegünstigung eingeführt werden, um einem Mangel an Wohnraum entgegenzuwirken. Durch diese Entlastung könnte die Finanzierung für Selbstnutzer erleichtert werden.

Im Rahmen einer Bundesratsinitiative haben wir FREIE WÄHLER im Landtag bereits 2023 eine steuerliche Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum gefordert. Unter Verweis, dass insbesondere junge Menschen und Familien, die bereits konkrete Pläne für den Erwerb von Wohneigentum haben, von den gestiegenen Zinsen sowie der Baupreisentwicklung betroffen sind, wurde vom Bund die Einführung einer Steuerbegünstigung verlangt. Mehr [HIER](#).

Umkehr in der Migrationspolitik: Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist Kernaufgabe des Staates

Die Taten von Mannheim, Solingen, Magdeburg und jetzt auch Aschaffenburg zeigen: Wir brauchen in der Inneren Sicherheit bundesweit eine echte Zeitenwende. So müssen Deutschlands Sicherheitsbehörden endlich auf Augenhöhe mit anderen europäischen Staaten im digitalen Raum agieren. Von der sinnvollen Speicherung von Internet-Verkehrsdaten bis hin zur Prüfung eines weitgehenden Einsatzes Künstlicher Intelligenz, etwa für die biometrische Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung, müssen wir unseren Sicherheitsbehörden wirksame Werkzeuge an die Hand geben.



Insgesamt muss der Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander und mit anderen Behörden deutlich verbessert werden. Daneben muss auch die Reaktionszeit der Behörden optimiert werden, um effektive Kriminalitätsbekämpfung durchführen zu können.

Sicherheitspolitische Verbesserungen müssen Hand in Hand gehen mit migrationspolitischen Verbesserungen: Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion fordern vom Bund, die irreguläre Migration endlich wirksam zu unterbinden und Zurückweisungen an den Grenzen zu ermöglichen. Wer über ein sicheres Drittland einreisen will, ist konsequent zurückzuweisen. Die Zahl der Abschiebungen muss spürbar erhöht werden, straffällig gewordene Asylbewerber müssen auch konsequenter als bislang nach Syrien und Afghanistan abgeschoben werden können. Eine Wende in der Asylpolitik ist Grundvoraussetzung, um die zuständigen Behörden zu entlasten, Probleme bei der Integration zu bewältigen und bei Radikalisierungsprozessen schneller eingreifen zu können. Mehr [HIER](#).

KURZNEWS

Jugendpolitik: Interessen der jungen Menschen noch mehr berücksichtigen

Der größte Teil der in Deutschland lebenden Jugendlichen wird mit seinen Kompetenzen, Ideen und Fragen von der Politik nicht genügend wahrgenommen. Wir dürfen diesen wichtigen Teil der Gesellschaft nicht mehr als Objekte politischen Handelns begreifen, sondern müssen sie zur Grundlage und Ausgangspunkt von Jugendpolitik machen.

Bayern investiert bereits deutlich in die Jugend und schafft verlässliche Rahmenbedingungen. Mit dem Demokratiebudget fördert der Freistaat verschiedenste innovative Projekte und Veranstaltungen zur Demokratiebildung junger Menschen in ganz Bayern – alleine im letzten Jahr mit einem Volumen von rund 2,56 Millionen Euro. Mehr [HIER](#).

Zweite S-Bahn-Stammstrecke München: Deutsche Bahn muss dringend Transparenz schaffen!

Das Milliardenprojekt Zweite S-Bahn-Stammstrecke kommt nicht in ruhiges Fahrwasser. Am Dienstag hat das Verkehrsministerium dem Landtags-Unterausschuss mitgeteilt, dass der bisherige Zeitplan für die Inbetriebnahme im Jahr 2035 wackelt. Die Zeichen stehen aktuell auf 2036. Außerdem wird der Tunnel deutlich teurer als geplant: In der bisherigen Kostenschätzung von rund 7 Milliarden Euro ist die massive Teuerung der letzten Jahre noch nicht eingerechnet. Falls Beschleunigungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Verzögerungen auszugleichen, ist ebenfalls mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Es ist gut, dass der Freistaat als Fördergeber das Projekt mit Argusaugen überwacht. Die Staatsregierung und die Baubegleitung machen einen sehr guten Job. Die Deutsche Bahn als Bauherrin muss nun dringend Transparenz über die Auswirkungen der Teuerung und die Kosten möglicher Beschleunigungsmaßnahmen schaffen. Mehr [HIER](#).

Gemeinsame Agrarpolitik bürokratiearm und praxisgerecht weiterentwickeln

Gleich vier Anträge haben wir als FREIE WÄHLER-Fraktion in die jüngste Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus im Bayerischen Landtag eingebracht. In einem Antrag setzen wir uns für eine Sachverständigenanhörung zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 ein. Denn wir möchten sie für unsere Landwirte bürokratiearm und praxisgerecht weiterentwickeln. Die Debatte um die künftige Agrarpolitik nimmt in Brüssel bereits jetzt Fahrt auf. Unsere Vorschläge aus Bayern müssen wir dabei rechtzeitig einbringen, damit die bayerischen Besonderheiten künftig besser berücksichtigt werden. Das aktuelle System ist zu bürokratisch, schwerfällig und unverständlich. Bereits im Vorfeld der Reform müssen wir über die Neugestaltung nachdenken, um anschließend konkrete Planungen mitgestalten zu können. Mehr [HIER](#).

31.01.2025

#LockeImLandtag: Wir empfangen Besuch!

Wer würde nicht gerne mal durch die ehrwürdigen Hallen des Landtags flanieren? Das ist möglich! Jede Woche gehen hier Besuchergruppen ein und aus. Was sie sich innerhalb unseres Parlamentsbetriebs ansehen können, erklärt unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke in der aktuellen Folge #LockeImLandtag! [HIER](#) geht's direkt zum Reel.



Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister
Klosterstraße 10
91301 Forchheim
Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de